






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

27.01.06

Rossmann: Kommunen sollen bei Steueränderung für Spielbanken und Geldspielautomaten nicht im Regen stehen!

Änderungen bei der Besteuerung von Geldspielautomaten und Spielbanken müssen sehr genau auf ihre finanzielle Verteilungswirkung auf Bund, Länder und Kommunen betrachtet werden. Diese Forderung stellte der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann, der dabei nicht nur die kommunalen Einnahmen bei den privaten Geldspielautomaten im Auge hat, sondern auch Sonderfälle, wie die Stadt **Schenefeld**, die einen nicht unbeträchtlichen Teil ihres Haushaltes aus dem städtischen Anteil an der Spielbankabgabe deckt. Nachdem der Europäische Gerichtshof am 17. Februar 2005 entschieden hat, dass es nicht zulässig ist, private Geldspielautomaten der Umsatzsteuer zu unterwerfen, öffentliche Spielbanken aber nicht, hatte es in den Monaten danach verschiedene Initiativen von Bund wie Ländern gegeben, über eine

Spieleinsatzsteuer oder auch eine Umsatzsteuerpflicht für Spielbanken, dieses steuerrechtliche Problem zu lösen. Gegen eine solche Spieleinsatzsteuer, die allein den Ländern zugute käme, wendet sich jetzt aber der Bund, der vor allen Dingen auf eine erhöhte Einnahme durch die Umsatzsteuer setzt. Wie diese Kontroverse zwischen Bund und Länderkammer letztlich ausgeht, ist noch nicht absehbar. Der Bundestagsabgeordnete weist aber schon jetzt darauf hin, dass eine kommunalfreundliche Lösung dabei unabdingbar sein muss. Rossmann: „Es geht dabei nicht nur um die Stadt Schenefeld, die ohne Spielbankabgabe in besonderer Weise betroffen wäre, sondern auch um die übrigen Kommunen. Egal wie die Lösung letztlich aussieht, muss sichergestellt sein, dass die kommunale Seite am Ende eine geeignete Kompensation bekommt.“

Rossmann will hierzu auch Landesinnenminister Ralf Stegner einschalten, der für die Spielbanken und die kommunalen Finanzen in Schleswig-Holstein die Verantwortung trägt. Rossmann: „Statt einer wechselseitigen Blockade von Bund und Ländern braucht es hier eine intelligente Lösung, die eine faire Aufteilung bringt und die Kommunen nicht im Regen stehen lässt.“